

June 2, 1969

On New Aspects of Negotiations between North Korea and Japan between January and May 1969 on Issues concerning Koreans Living in Japan

Citation:

"On New Aspects of Negotiations between North Korea and Japan between January and May 1969 on Issues concerning Koreans Living in Japan", June 2, 1969, Wilson Center Digital Archive, Archive of the German Foreign Ministry, Berlin. Translated by Karen Riechert. <https://digitalarchive.umd.edu/document/111154>

Summary:

An overview of the development of North Korean negotiations with Japan about repatriation between January and May 1969.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Translation - English

4513 B1

000046

Botschaft der DDR
in der KVDR

Pjongjang, den 2. 6. 1969

Vertrauliche Dienstnot			
Abteilung	Id. Nr.	Jahr	
PA	75	69	5/4

- Kursinformation -

Über neue Aspekte der Verhandlungen zwischen der KVDR und Japan in der Zeit von Januar bis Mai 1969 über Fragen der in Japan lebenden Koreaner

I.

Aus den zur Auswertung zur Verfügung stehenden Materialien der KVDR geht hervor, daß es in diesem Zeitraum nicht zu Verhandlungen zwischen der KVDR und Japan gekommen ist. Es erfolgte aber ein Telegrammaustausch, und es wurden wiederholt Erklärungen der KVDR-Seite zur Fortführung der Verhandlungen über die Repatriierung und über die Durchführung der Repatriierung selbst der in Japan lebenden Koreaner abgegeben.

Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit besteht bekanntlich darin, daß die KVDR davon ausgeht, daß das Repatriierungsabkommen noch inkraft ist, während es Japan seit Ende 1967 für abgelaufen hält. (Die japanische Regierung faßte auf einer Kabinettsitzung am 23. 8. 1966 den Beschluß, dieses Abkommen zum 12. 11. 1967 auslaufen zu lassen. Die KVDR geht davon aus: Im Abkommen sei eindeutig festgelegt, daß es in seiner Eigenschaft als zweiseitiges Abkommen nicht eigenmächtig von einer der beiden Seiten annulliert werden könne. Die Kündigung sei deshalb rechtswidrig. Der Text des Abkommens über die Repatriierung liegt uns nicht vor.)

Die KVDR sah deshalb auch jetzt ihre Hauptaufgabe darin, daß beide Seiten von der Existenz dieses Abkommens ausgehen und auf dieser Grundlage die Repatriierung wieder aufnehmen und fortführen, d.h. die bestehende Gültigkeit des Abkommens durchzusetzen.

Aus Veröffentlichungen der KVDR, die nur sehr zurückhaltend über konkrete Fakten berichteten, ergab sich nach und nach folgendes Bild:

Bei den Verhandlungen zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften beider

- 2 -

000047

Länder in Colombo im Jahre 1967 konnte keine Einigung über die von der KVDR-Seite geforderte Vereinfachung der Einreiseformalitäten der Delegation der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR nach Japan erzielt werden. Die japanische Delegation sicherte aber zu, daß sie sich nach Rückkehr mit ihrer Regierung konsultieren und Anstrengungen zur Lösung dieses Problems machen werden.

Die japanische Seite forderte die KVDR-Delegation in Colombo dagegen ständig auf, ihren Vorschlag zur Fortführung der Repatriierung der 17 000, die (bis zur Schließung der Repatriierungsbüros in Japan) einen Antrag hierauf gestellt hatten, aufzunehmen.

Die KVDR lehnte diesen Vorschlag ab, da Japan dieses Problem als Separatfrage lösen wollte, einseitig das bestehende Repatriierungsabkommen aufgeben, die öffentliche Meinung in der Weise täuschen wollte, als ob alle Verpflichtungen zur Repatriierung durch die Fortführung der Repatriierungsarbeit unter der Bezeichnung "Erledigung von verbleibenden Angelegenheiten nach der Aufhebung des Abkommens" erfüllt seien. (siehe Erklärung des ZK der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR vom 3. 4. 69)

Anfang und Mitte bis Ende Februar 1969 forderten die Teilnehmer von Protestmärschen Gespräche über die 'Repatriierung zwischen der japanischen und koreanischen Rot-Kreuz-Gesellschaft und die Aufnahme der Repatriierung. Anfang März verurteilte ein sozialistischer Abgeordneter Japans Geheimgespräche der japanischen mit der südkoreanischen Regierung über die Repatriierung.

In einem Telegramm vom 3. 3. 69 schlug die Rot-Kreuz-Gesellschaft Japans dem KVDR-Partner vor, daß er sich wegen der Einreiseformalitäten nach Japan an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf wenden soll.

Durch ein Telegramm vom 10. 3. 1969 des ZK der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR wird dieser Vorschlag abgelehnt, da er nicht eine Einreiseerleichterung, wie sie in Colombo und in einem Brief vom 28. 9. 1968 zugesagt wurde, für die Delegation der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR an Bord des Repatriierungsschiffes darstellt.

- 3 -

000048

- 3 -

Der japanische Partner wird aufgefordert, seinen im Telegramm vom 3. 3. 69 zum Ausdruck gebrachten destruktiven Standpunkt aufzugeben, um baldigst die Repatriierung wieder aufzunehmen. Es sei ein absurder Versuch, "eine dritte Partei" zur Vermittlung mit einzubringen, da dies die Angelegenheit nur kompliziere. Die nur noch verbleibende Frage im Zusammenhang mit der Einreise der Delegation sei die Vereinfachung des Verfahrens. Diese Forderungen wurden sofort von den in Japan lebenden Koreanern unterstützt.

Da von der japanischen Rot-Kreuz-Gesellschaft keine Antwort erfolgte, gab das ZK der Rot-Kreuz-Gesellschaft der KVDR am 3. 4. 69 eine Erklärung heraus. Es wurden nochmals die im Telegramm vom 10. 3. 1969 erhobenen Forderungen wiederholt. Innerhalb von 8 Jahren sei die KVDR-Delegation an Bord des Repatriierungsschiffes 155 mal in Niigata eingetroffen, wozu nie eine dritte Partei benötigt wurde. Die Repatriierung sei eine Angelegenheit, die nur die beiden Länder KVDR und Japan betreffe und eine Arbeit, die lediglich von japanischen Behörden geleistet werden könne. Um die Frage der Repatriierung befriedigend zu lösen, wird der Vorschlag unterbreitet, daß sich die Rot-Kreuz-Delegationen beider Länder zum frühest möglichen Zeitpunkt an einem durch beide Seiten zu vereinbarenden Ort wiedertrffen sollten.

Auffallend war die Tatsache, daß weder von den in Japan lebenden Koreanern noch durch Presseorgane der KVDR nach dieser Erklärung das Problem der Repatriierung behandelt wurde. Erst seit dem 7. 5. 69 wird sowohl in der KVDR als auch in Japan die Forderung nach Aufnahme von Gesprächen und die Annahme der KVDR-Vorschläge wieder erhoben.

II.

1. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1969 ist es nach offiziellen Meldungen der KVDR nicht zu Gesprächen über die Repatriierung über die in Japan lebenden Koreaner zwischen den Rot-Kreuz-Gesellschaften der KVDR und Japan gekommen.

- 4 -

000049

- 4 -

2. Die KVDR-Seite hat sich - insbesondere durch ihre Erklärung vom 3. 4. 1969 - bemüht, durch die Unterbreitung von neuen Vorschlägen zu Verhandlungen zu kommen.
3. Ihre Hauptaufgabe sieht die Rot-Kreuz-Gesellschaft d/der KVDR nach wie vor darin, die Gültigkeit des Repatriierung//abkommens beim Partner durchzusetzen, wie dies aus den Erklärungen und Presseartikeln zu entnehmen ist.
4. Offensichtlich beabsichtigt die japanische Regierung nicht, das Problem der Repatriierung dadurch als gelöst zu betrachten, daß forzeit alle in Japan lebenden Koreaner durch Vertrag zwischen Japan und Südkorea vom Jahre 1965 angeblich die Staatsbürgerschaft Südkoreas besitzen sollen.
5. Die in der Zeit vom 3. 4. bis 7. 5. 69 eingetretene Periode des Schweigens um die Repatriierung kann darauf hindeuten, daß entweder Gespräche an einem dritten Ort stattgefunden haben, über die nicht berichtet wurde oder eine Antwort von japanischen Partner eintraf, die durch einen Gegenvorschlag beantwortet wurde.
6. Um die Beziehungen zu Südkorea nicht zu belasten, sind von der japanischen Seite keine Aktivitäten zur baldigen Wiederaufnahme der Repatriierung zu erwarten. Nur der Druck der internationalen demokratischen Öffentlichkeit auf Japan wird dies erzwingen können.
7. Das ständige Komitee der Generalassoziation der in Japan lebenden Koreaner geht sicher nicht fehl, wenn es durch die Verabschiedung des dem Parlament vorliegenden Entwurfes des "Ein- und Auswanderungs-Kontrollgesetzes" eine Verschlechterung der Kampfbedingungen ihrer Landsleute im allgemeinen und damit auch für die Repatriierung vorausieht, da das Gesetz u.a. vorsehen soll, politische Aktivitäten der Ausländer zu kontrollieren und Gerichtsprozesse und Ausweisungen androht.

Verteiler:

2 x MFAA FO

1 x ZE Abt. IV

1 x MFAA Abt. IO

1 x Botschaft

M. Hermann
Herrmann

3. Sekretär

GDR Embassy in the DPRK
1969

Pyongyang, 2 June

stamped: confidential office mail

- S h o r t I n f o r m a t i o n -

On new aspects of negotiations between DPRK and Japan
between January and May 1969 on issues concerning Koreans living in Japan

I.

The available material does not allow any conclusion that there actually were any negotiations between the DPRK and Japan held during that time period. However, there was an exchange of telegrams, and on the DPRK side repeatedly declarations were issued in favor of continuing the negotiations on repatriation, and on dealing with repatriation procedures of Koreans living in Japan.

As it is well known, the fundamental difference in points of view is the fact that the DPRK assumes the repatriation agreement to be still in force while the Japanese declared it null and void from the end of 1967. (At a cabinet meeting on 23 August 1966 the Japanese government decided to cancel the agreement by 12 November 1967). The DPRK assumes: The agreement clearly stipulates that a bilateral agreement cannot be annulled high-handedly by one of the two sides. Therefore the annulment should be considered illegal. (The actual text of the agreement on repatriation is not available to us.) Therefore the DPRK regarded it as its main task that both sides still accept the existence of the agreement, and resume and continue negotiations on this basis (that is: enforce the existing legal character of the agreement).

From DPRK publications only hesitantly providing concrete facts, the following picture emerged step by step: During negotiations between the two Red Cross societies in Colombo in 1967 no agreement was reached on a simplification of immigration procedures as had been asked for by the DPRK. However, the Japanese delegation assured that they would enter into consultations with their government upon returning and engage in finding a solution for this problem.

In return, the Japanese side asked the DPRK delegation in Colombo continuously to come back on their suggestion to continue repatriation of those 17,000 people who (until the closing of the repatriation offices in Japan) had filed an application for repatriation.

The DPRK rejected this suggestion since Japan this way attempted to solve this problem separately, unilaterally canceled the existing repatriation agreement, and deceived public opinion to the effect as if all obligations for repatriation were complied with; Japan was said to do so by continuing repatriation efforts using the term "settlement of the issues remaining after the cancellation of the agreement" (see: declaration of the Central Committee of the DPRK Red Cross of 3 April 1969).

Between early and mid-February DPRK demonstrators demanded in rallies new talks on repatriation between the Japanese and the Korean Red Cross and the actual beginning of repatriations. In early March, a socialist member of the Japanese parliament condemned secret talks on repatriation held between the Japanese and the South Korean government.

In a telegram of 3 March 1969, the Japanese Red Cross suggested to its partner from the DPRK that they ought to approach the International Committee of the Red Cross in Geneva about immigration procedures to Japan. This suggestion was rejected by a telegram of the Central Committee of the Red Cross of the DPRK since it did not indicate a facilitation of immigration procedures for the DPRK Red Cross delegation aboard the repatriation ship, as it had been promised [by the Japanese side] in Colombo and in a letter of 23 September 1968.

The Japanese partner is asked to give up its destructive position as it expressed in its telegram of 3 March 1969 in order to resume repatriation as soon as possible. It would be an absurd attempt to get a "third party" involved in negotiations, as this would only complicate matters. The only remaining issue in the context of immigration is a simplification of the procedure for the DPRK [Red Cross] delegation. The Koreans living in Japan immediately supported these demands.

Since the Japanese Red Cross failed to respond, the Central Committee of the DPRK Red Cross issued a declaration on 3 April 1969 where issues demanded in the telegram of 10 March 1969 were repeated. The DPRK delegation had boarded the repatriation ship in Niigata 155 times within a period of 8 years, and never had there been any need to involve a third party. Repatriation would concern only the two countries of DPRK and Japan and procedures were only to be addressed by Japanese officials. In order to solve the question of repatriation in a satisfying manner, the suggestion was made that Red Cross delegations of both countries should meet again at the earliest time convenient at a location both sides will have to agree to.

It represented a striking fact that neither the Koreans living in Japan nor the DPRK press brought up the problem of repatriation after this declaration was issued. It was only after 7 May 1969 that demands for talks and the acceptance of proposals made by the DPRK was reiterated.

II.

According to official statements by the DPRK, there were no talks within the first five months of 1969 between the Korean and Japanese Red Cross about repatriation of the Koreans living in Japan.

. The DPRK has undertaken efforts - especially through its declaration of 3 April 1969 - to submit new proposals to enter into negotiations.

. The Red Cross of the DPRK still considers it as its main task to get the partner to accept the repatriation agreement as being in effect, as can be concluded from the declarations and articles in the press.

. The Japanese government apparently does not intend to solve the problem of repatriations by way of a treaty from 1965 between Japan and South Korea, according to which officially all Koreans living in Japan hold South Korean citizenship.

. The period of silence on repatriation between 3 April and 7 May [1969] might indicate that either talks have been taking place at a third location on which nothing has been reported, or that a reply from the Japanese partner was received - to which the DPRK replied with another proposal in return.

. In order not to place a burden on the relationship with South Korea, the Japanese side cannot be expected to resume activities for repatriation any time soon. Only pressure exerted on Japan by the international democratic public will be able to enforce that.

. The Permanent Committee of the General Association of the Koreans living in Japan is certainly correct when they expect a worsening of fighting conditions for their compatriots in general, as well as for repatriation as such through the draft of an "Immigration and Emigration Control Law" to be passed in [Japanese] parliament. This law stipulates, among other provisions, the control of political activities by foreigners in Japan and threatens them with legal consequences and deportation.

□□

CC:

2x Ministry of Foreign Affairs, Dep. Far East

1x Central Committee, Dep. IV

1x Ministry of Foreign Affairs, (Dep. illegible)

1x Embassy

signed: Herrmann

Third Secretary